



Amtsgericht Bocholt

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 27.02.2026, 09:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 109, Benölkenplatz 2, 46399 Bocholt**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Rhede, Blatt 7253,
BV Ifd. Nr. 1**

Gemarkung Rhede, Flur 19, Flurstück 492, Gebäude- und Freifläche, Wohnen,
Kleiststraße 2, Größe: 4.260 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein 8-geschossiges, unterkellertes Mehrfamilienhaus, Baujahr 1972, mit 16 Garagen und ca. 9 PKW-Außenstellplätzen. Eine Innenbesichtigung war nicht möglich. Es besteht allgemeiner Renovierungs- und Unterhaltungsbedarf, insbesondere bestehen auch Mängel beim Brandschutz.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.12.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

1.240.000,00 €

festgesetzt.

Stadt Rhede - Stadtkasse hat bereits einen Antrag auf gerichtliche Verwaltung gemäß § 94a ZVG gestellt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.